

Die SPD und der 9. September 1973

Der Kernzusammenhalt der Partei: die Solidarität

Die oft leidenschaftlich, und bei allem Temperament dennoch immer wohltuend sachlich geführten Streitgespräche der SPD-Vorstandssitzung haben unter dem unüberhörbaren Eindruck der eindringlichen und mahnenden Ausführungen des Parteivorsitzenden zu einer allgemeinen Erkenntnis geführt: alle führenden sozialdemokratischen Politiker sind sich einig in der Überzeugung, daß innerhalb der Partei alle Bestrebungen und Strömungen entschlossen gestoppt werden müssen, die den Kernzusammenhalt der SPD, die Solidarität zueinander und zur Partei, stören, ihm schaden oder ihn gar abnutzen könnten.

Der 9. September 1973 hat nach allen Parteilagen deutlich gemacht, daß einem Prozeß, der allmählich zu einer Art Entsolidarisierung führen müßte, auch von allen Seiten zu widerstreben und daß er im allseitigen Bemühen rasch zum Stillstand zu bringen ist. Es kann dabei keine ausschließliche Mohrenwäsche an der einen Gruppe oder Arbeitsgemeinschaft geben. Die Mahnung gilt für alle und erfaßt alle. Gewiß hat sich die eine oder andere Gruppe vor allem in der letzten Zeit manchmal recht lautstark oder vielleicht auch zu lautstark und zu robust und noch dazu in falscher Richtung geäußert. Das kann nur von Schaden für das Ganze und Gemeinsame sein, auch wenn ein akuter Anlaß oder eine länger-schwelende Verursachung zur Erbitterung und damit zu harten und nicht immer sorgsam genug abgewogenen Worten führen kann. Die SPD-Vorstandssitzung hat mit ihren stundenlangen Aussprachen, die alle auf den Plan riefen, die etwas zu sagen hatten, und mit ihren wegweisenden Beschlüssen zugleich die Grenzen aufgezeigt, die sich auch eine so weitgespannte Volkspartei wie die SPD selbst insgesamt und in allen ihren Gliederungen setzen muß und erneut gesetzt hat.

Dieser 9. September 1973 hat überdies einem ganzen Korb voller Legenden den Garaus gemacht, auch wenn das manchem Sprecher der Opposition oder manchem Kommentator nicht ins Konzept passen kann. Weder fällt oder bricht die SPD auseinander noch bekämpfen sich ihre "Flügel" mit Feuer und Schwert noch mangelt es ihr an entschlossener und zielbewußter Führung. Der Parteivorsitzende hat das kompakte Paket an Reformaufgaben bekanntgegeben, die noch in dieser Legislaturperiode verwirklicht werden sollen. Die SPD wird in der sie schon mehr als ein Jahrhundert lang beflügelnden und stark machenden Solidarität alle Kräfte daran setzen, daß die Ankündigung Willy Brandts ganz selbstverständlich voll realisiert wird. (ee/10.9.1973/ks/ee)

+ + +

Steuerreform wird SPD-Grundsätzen gerecht

Vernunftgebundene Absichten der Bundesregierung

In den letzten Tagen war in manchen Zeitungen viel unsinniges über die beabsichtigte Steuerreform der sozialliberalen Bundesregierung zu lesen gewesen. Noch bevor das Bundeskabinett die Beschlüsse gefaßt und der Öffentlichkeit vorgelegt hat, schießen sich Konservative, das Großkapital und deren Verbündete darauf ein, dieses Reformwerk zu verunglimpfen und durch täglich neue Gerüchte, irgendwelche Zahlen und abenteuerliche Forderungen die Arbeitnehmer - und damit auch weite Kreise der SPD - zu verunsichern.

Ohne dem Kabinett, das voraussichtlich auf seiner nächsten Sitzung am Mittwoch über die Steuerreform entscheiden wird, vorzugreifen zu wollen oder zu können, sollte daher heute klargestellt werden:

- Die Steuerreform, die die sozialliberale Koalitionsregierung durchsetzen will, wird den Zielen und Grundsätzen der SPD gerecht.

- Sie wird eine starke Entlastung der unteren und mittleren Einkommen mit sich bringen, den Grundfreibetrag kräftig und Sonderausgabenhöchstbeträge stark erhöhen.

- Eine Reihe von Verbesserungen für Arbeitnehmer wird noch über das hinausgehen, was die letzte Bundesregierung zu ihren Eckwerten festgelegt hatte.

- Die Bundesregierung wird die Steuerreform schneller als ursprünglich geplant in Kraft setzen. Wenn das Kabinett am Mittwoch seine Beschlüsse faßt, kann der Bundesrat sie noch Ende 1973 - voraussichtlich am 20. Dezember - behandeln. Dem Bundestag bleibt genug Zeit, den Gesamtentwurf bis Mitte 1974 zu beraten und zu verabschieden, so daß die Steuerreform am 1. Januar 1975 in Kraft treten kann. Dann ist eines der wohl wichtigsten und umfassendsten Reformvorhaben, das die CDU/CSU in ihrer 20jährigen Regierungsverantwortung ständig verschleppt und torpediert hat, endlich erreicht.

Über eines allerdings muß man sich im klaren sein: In den kommenden Wochen und Monaten wird die CDU/CSU-Opposition als verlängertes Arm der Großverdiener alle nur denkbaren Hebel in Bewegung setzen, um diese Steuerreform zu verhindern. Sie wird mit auf den ersten Blick attraktiven Forderungen und Vorschlägen kommen und so versuchen, den Arbeitnehmern Sand in die Augen zu streuen. Hier gilt es also aufzupassen. Die Steuerreform darf nicht durch Forderungen von zu hohen Vorweganpassungen verhindert werden.

Im Rahmen der jetzt beginnenden Diskussion muß noch eines in Erinnerung gerufen werden: Auf dem Steuerparteitag der SPD hatte Einigkeit darüber geherrscht, daß der Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt erhöht werden muß, und daß es wichtiger ist, Schulen und Krankenhäuser zu bauen, mehr Gelder in den öffentlichen Nahverkehr zu investieren und neue Erholungsgebiete zu schaffen, als einen - und dies muß aus aktuellem Anlaß gesagt werden - noch größeren Weihnachtsbraten auf den Festtisch aufzutragen oder noch wertvollere Geschenke unter dem Weihnachtsbaum liegen zu haben.

Bei allen Steuerreform-Erwartungen: Der öffentliche Anteil am Bruttosozialprodukt darf nicht reduziert werden. Ein soziales Steuerrecht und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben gehören zusammen.

(ja/10.9.1973/wt/ex)

Zirndorf darf nicht mehr allein gelassen werden !

Konsequenzen aus einem Besuch des Ausländerlagers

Von Rudi Walther MdB

Berichterstatter im Haushaltsausschuß für das Bundesinnenministerium

Virgilio Röschlein, sozialdemokratischer Bürgermeister der Stadt Zirndorf im fränkischen Landkreis Fürth, regiert mit einer für nichtbayrische Verhältnisse respektablen Mehrheit: 17 von 24 Stadträten sind Sozialdemokraten. Der tüchtige Bürgermeister hat seit geraumer Zeit Kummer, denn die 14.000 Einwohner sorgen sich um die Sicherheit ihrer Stadt. Grund für diese Besorgnis ist die Anwesenheit des übrigens einzigen Sammellagers für ausländische Flüchtlinge in der Bundesrepublik, für das das Bundesland Bayern im Jahr über eine Million DM aufwendet. In unmittelbarer Nähe des Lagers ist das Ausländerbundesamt untergebracht, das dem Bundesinnenminister untersteht und über politische Asylanträge entscheidet.

Politisch Verfolgte genießen nach Art. 16 des Grundgesetzes in der Bundesrepublik Asylrecht. Wer politisch Verfolgter ist, bestimmt die Genfer Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, der rd. 60 Staaten, auch die Bundesrepublik Deutschland, beigetreten sind. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen ist beim Bundesamt vertreten und wacht darüber, daß in den Anerkennungsverfahren diese Konvention eingehalten wird. Das Anerkennungsverfahren richtet sich im Übrigen nach dem vierten Abschnitt des Ausländergesetzes.

Das Zirndorfer Sammellager ist in einer alten Gendarmeriekaserne untergebracht. Seine Normalkapazität wird mit 500 Plätzen, in Notfällen mit 650 Plätzen angegeben. Nach meinen persönlichen Eindrücken ist schon die Normalkapazität als überhöht anzusehen. Menschenwürdige Zustände sind nur bei einer Höchstbelegung von rd. 350 Plätzen zu erreichen. In den letzten Monaten war das Lager ständig überbelegt, nachdem vor allem die Zahl der aus arabischen Ländern einreisenden Asylsuchenden gestiegen ist.

In einem "Weißbuch" schildert die Stadt Zirndorf das Verhalten eines Teiles der Araber als renitent. Für die Zirndorfer Bevölkerung stellen "die Übergriffe (versuchte Vergewaltigung, unsittliches Benehmen, Bedrohung des Badepersonals und des Bürgermeisters)" eine Krisensituation dar. Die Bademeister wurden bereits mit Pistolen ausgestattet, und letztens gab es sogar im Lager eine Brandstiftung. Das "Araber-Problem" ist in mehrfacher Hinsicht nicht unbedenklich.

Diese Araber sind fast ausnahmslos ehemalige Angehörige der El-Fatah-Organisation, die sich insbesondere auf ihre angebliche

Verfolgung in Jordanien berufen. Kaum feststellbar ist, ob nicht auch ein Teil von ihnen noch heute dieser Organisation angehört und möglicherweise bewußt in die Bundesrepublik eingeschleust wird. Dadurch könnte bei uns ein zusätzliches Sicherheitsproblem entstehen. Für eine solche Annahme spricht zumindest die Art ihrer Einreise in die Bundesrepublik.

Die Araber sammeln sich fast ausnahmslos in Damaskus (Syrien), werden von dort - gegen harte Devisen - mit der DDR-Fluggesellschaft "Interflug" nach Ostberlin geflogen und dann in einem verplombten Bus an die Westberliner Stadtgrenze gefahren, von wo sie über Westberlin nach Zirndorf gelangen. Das "Geschäft" floriert so gut, daß sich schon einige Westberliner Anwälte auf die rechtliche Vertretung dieser asylsuchenden Araber spezialisiert haben sollen.

In Syrien werden Mitglieder der El-Fatah nicht verfolgt. Deshalb stellt sich also die Frage, warum sie, wenn man sie schon in Jordanien nicht haben will, denn nicht in Syrien bleiben. Die DDR weist immer wieder auf ihre Sympatie für die Palästinenser hin. In Ostberlin ist sogar ein Verbindungsbüro der El-Fatah eingerichtet worden. Es muß also außerdem gefragt werden, warum angesichts dieser guten Verbindungen der DDR zu den Palästinensern solche Flüchtlinge nicht in der DDR verbleiben.

Die Bundesregierung sollte deshalb nach meiner Meinung sowohl den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen einschalten als auch über ihre Botschaften in den arabischen Staaten darauf hinwirken, daß das geschilderte Verfahren nicht fortgesetzt wird. Es hilft im übrigen auch nichts, daß in einem großen Teil der Fälle das Vorliegen der Asylvoraussetzungen verneint wird. Bis zum Ende des Rechtsmittelverfahrens können bis zu fünf Jahren vergehen, und wer will nach einem solchen Zeitraum dann noch eine abgelehnte Person abschieben?

Die Stadt Zirndorf hat eine Reihe von Forderungen an den Bund und die bayrische Landesregierung gerichtet. Von ihnen scheinen mir folgende Vorschläge verwirklichtbar zu sein:

1/ Die asylsuchenden Ausländer bleiben nicht bis zum Abschluß des Anerkennungsverfahrens im Lager, sondern werden nach Durchführung der behördlichen Vorprüfung, bei der in aller Regel die persönliche Anwesenheit des Asylsuchenden erforderlich ist, bereits vor Abschluß des Asylverfahrens nach dem gleichen Schlüssel auf die Bundesländer verteilt, den die Bundesländer untereinander für diejenigen Antragsteller vereinbart haben, denen rechtskräftig Asyl gewährt wurde. Bis dahin könnte von dem Rechtsinstitut der "Duldung nach § 17 Abs. 2 des Ausländergesetzes" Gebrauch gemacht werden. Auf diese Art und Weise müßten die Ausländer nur wenige Tage in Zirndorf verbleiben, und die Überbelegung des Lagers könnte schnell abgebaut werden. Der Bundesinnenminister hat die Bundesländer bis zum 15. September 1973 um Mitteilung gebeten, ob sie einem solchen Verfahren zustimmen.

2/ Wenn die Bundesländer dem vorstehend genannten Verfahren nicht zustimmen, muß ein weiteres Sammelager (§ 39 des Ausländer-

gesetzes) durch die Bundesregierung bestimmt werden, wobei allerdings das Placet des infrage kommenden Bundeslandes herbeigeführt werden muß. Einige Bundesländer haben in ihren bereits erteilten Antworten auf die Vorschläge des Bundesinnenministers geantwortet, daß sie gegen die Einrichtung eines zweiten Sammel-lagers dann nichts einzuwenden hätten, wenn dieses nicht auf ihrem Territorium errichtet werde. So verständlich dies auch sein mag: So kann es natürlich auch nicht gehen. Deshalb wären die Bundesländer gut beraten, wenn sie dem Vorschlag einer alsbaldigen Übernahme der Asylsuchenden vor Abschluß des Asylverfahrens zustimmen würden.

3/ Eine gewisse Personalverstärkung beim Ausländerbundesamt könnte dazu beitragen, das Anerkennungs- und Widerspruchsverfahren zu beschleunigen. Darüber muß im Rahmen der Haushaltsberatungen 1974 entschieden werden.

4/ Es ist zu überlegen, ob einer Beschränkung der Berufungsmöglichkeiten im Asylverfahren das Wort geredet werden kann. Der Bundesjustizminister sollte im Rahmen der laufenden Erörterungen über den Rechtsmittelweg in der Verwaltungsgerichtsbarkeit diese Frage überprüfen. Ein sich über fünf Jahre hinziehender Rechtsmittelweg scheint mir im Asylverfahren beinahe unerträglich zu sein. Rechtsstaatlichen Grundsätzen würde dabei nach meiner Meinung keine Gewalt angetan, weil dem Verwaltungsgerichtsverfahren nach dem Asylrecht bereits zwei Kollegialverfahren, nämlich der Anerkennungsausschuß und der Widerspruchsausschuß, vorgeschaltet sind.

5/ Die Stadt Zirndorf klagt darüber, daß sich als Folge des Sammel-lagers eine große Anzahl obdachloser Ausländer in Zirndorf aufhält, für deren Unterbringung die Stadt zuständig sei. Der bayrische CSU-Innenminister Merk irrt, wenn er die Verantwortung hierfür auf den Bund abschieben will. Obdachlosenrecht ist nach der verfassungsrechtlichen Ordnung unseres Staates Ländersache. Deshalb ist hier zunächst einmal das Land Bayern aufgerufen, der Stadt Zirndorf zu helfen.

6/ Dem Sicherheitsbedürfnis der Zirndorfer Bevölkerung muß das Land Bayern durch eine Verstärkung insbesondere der Polizeistation in der Stadt Zirndorf Rechnung tragen.

Für die hier so eindringlich geschilderten Probleme muß jetzt eine tragbare Dauerlösung gefunden werden. Der Zirndorfer Bevölkerung können bestimmte und nicht immer erfreuliche Begleiterscheinungen des mit dem Asylrecht zusammenhängenden Verfahrens nicht allein aufgebürdet werden. Dies umsomehr, als die Bundesrepublik sich den Ruf, ein liberales Asyl-land für politisch Verfolgte zu sein, nicht kaputt machen lassen darf. Schließlich waren viele Gegner der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft froh gewesen, daß sie nach 1933 in anderen Staaten Schutz vor politischer Verfolgung gefunden hatten. (-/10.9.1973/ks/ee)

Eine recht späte Erkenntnis

Vertriebenen-Politiker Czaja und die politische Wirklichkeit

In einem Aufruf zum Tage der Heimat 1973 gelangte der Präsident des Bundes der Vertriebenen, der CDU-Abg. Dr. Herbert Czaja, zu der Feststellung, daß die ostwestlichen Begegnungen zunehmen und man dies nützen müsse, um auch menschliche Begegnungen zu vertiefen und ehrlicher zu machen. Hier läge eine ungeheure Aufgabe für die Jugend.

Dieser Mann hat nur allzu recht. Aber hier liegt zugleich eine offene Anerkennung der Folgen der von ihm einst so leidenschaftliche bekämpften Ostpolitik der von Brandt/Scheel geführten Bundesregierung der sozialliberalen Koalition vor. Czaja und seine Partei waren es ja gewesen, die diese Politik und ihre Träger fast mit allen Mitteln zum Sturz bringen wollten, sie diffamierten und als unpatriotisch hinstellten. Wäre es damals nach dem Willen des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen gegangen, dann würde es heute die von ihm jetzt so angelegentlich begrüßte Vielzahl der Begegnungen zwischen den Menschen beider deutscher Staaten nicht geben, dann wäre die Bundesrepublik in eine internationale Isolierung geraten und zum Hauptgegner der Entspannung abgestempelt worden. Viele Millionen Menschen machen heute von den von der Bundesregierung geschaffenen Reise- und Kontaktmöglichkeiten Gebrauch, die vorher jahrzehntelang von solchen Chancen keinen Gebrauch machen konnten. Hier bestätigt sich die Wahrheit eines Satzes von Willy Brandt, daß Politik keinen Sinn habe, wenn sie nicht dem Menschen diene und nütze. Der CDU-Politiker und Vertriebenen-Präsident Dr. Czaja würde sich nichts vergeben haben, wenn er gerade im Zusammenhang mit dem Tag der Heimat 1973 seinen und den Irrtum seiner Partei eingestanden hätte. Doch so weit reichte seine Ehrlichkeit nicht.

Im übrigen hat Dr. Czaja in seinem Aufruf Behauptungen wiederholt, denen widersprochen werden muß, weil sie mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen sind, wie etwa die von angeblichen Versuchen, die Vertriebenen in der Bundesrepublik mundtot zu machen. Woher nimmt Czaja das Recht, für alle Vertriebenen und Flüchtlinge zu sprechen? Viele Millionen gerade dieser durch den Zweiten Weltkrieg am schwersten betroffenen Bevölkerungsschicht bekennen sich zur sozialdemokratischen Partei und bejahen deren Politik des Ausgleichs mit allen unseren Nachbarn, weil sie dem Frieden dient und bemüht ist, die Erbschaft einer schrecklichen Vergangenheit abzubauen. Sie sehen in dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen gewiß nicht ihren Sprecher, weil er es in manchen Bereichen an Sinn und Verantwortung für Realitäten mangeln läßt.

Albert Exler
(-/10.9.1973/bgj/ex)